

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltungsstelle Betzdorf und liebe Kolleginnen und Kollegen Delegierte, da ich selber in einem mittelständischen Unternehmen im Bereich Metall arbeite und längere Zeit Betriebsratsvorsitzender war, kann ich die Sorgen und Nöte von Euch sehr gut nachvollziehen. In der jüngsten Vergangenheit hat sich die wirtschaftliche Lage auch im Bereich der Verwaltungsstelle Betzdorf mit den Firmen Wolf Geräte, Schäfer Shop und nicht zuletzt Federal Mogul zugespitzt. Ein Ende ist leider trotz Beteuerung der Bundesregierung noch nicht in Sicht. Ich befürchte eher, dass die Lage in der Arbeit- und Sozialpolitik nach den Bundestagswahlen sich noch verschlechtern wird. Ich aber auch meine Partei Die Linke werden mit uns allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen weitere Kürzungen und Sozialabbau kämpfen. Ich persönlich werde mich in meinem Wahlkreis für mehr Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau einsetzen. Dabei sehe ich die Gewerkschaften und hier insbesondere die IG Metall als Bündnispartner und würde mich freuen, wenn Ihr mich im Wahlkampf unterstützen würdet.

- *Werden Sie den Anforderungen an eine Politik, in der die Menschen endlich wieder im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen unterstützen oder aber weiter machen wie bisher ?*

Das Wahlprogramm der Partei Die Linke ist darauf ausgerichtet, dass die Menschen endlich wieder im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen. Grundlegende Forderungen sind u. a. Ein Schutzschirm für die Menschen. In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise erkennt Die Linke die Notwendigkeit eines Schutzschirmes zur Rettung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Sozialeinkommen. Aus unserer Sicht ist die Politik der vergangenen Jahre, eine Politik des Sozialabbaus, der Deregulierung und Privatisierung, der entfesselnden Finanzmärkte, der einseitigen Ausrichtung auf den Export und der Vernachlässigung von Kaufkraft und Binnenmärkten.

Daher ist jetzt Umsteuern angesagt und die Umverteilung von Unten nach Oben und von öffentlichen in private Hände muss umgekehrt werden. Wir fordern daher die Steuern auf hohe Einkommen, hohe Erbschaften, Konzerngewinne zu erhöhen und eine Börsenumsatzsteuer einzuführen.

- *Wie wird Arbeit sicher und fair ?*

Die Linke fordert als ersten Schritte hin zu mehr guter Arbeit:

Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf 10,00 €pro Stunde erhöht wird. Damit kann Armut trotz Arbeit verhindert werden. Strikte Begrenzung der Leiharbeit.

Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung muss ab dem ersten Einsatztag gelten.

Außerdem darf ein Leiharbeiter maximal 6 Monate an ein und dasselbe Unternehmen verliehen werden. Dadurch wird verhindert, dass die Unternehmen reguläre Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzen.

Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umwandeln.

Jede Stunde Arbeit soll voll sozialversicherungspflichtig und steuerpflichtig sein.

Schlecht bezahlte Minijobs dürfen nicht länger durch geringere Sozialabgaben und Steuern gefördert werden.

Begrenzung der Höchstarbeitszeit.

Die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit muss in einem ersten Schritt von 48 Stunden pro Woche auf 40 Stunden reduziert werden.

Altersgerecht Gestaltung der Arbeit.

In diesem Sinne muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert werden.

Belastungen im Arbeitsprozess müssen verringert und die Gesundheitsvorsorge ausgebaut werden.

Die Situation von Erwerbslosen und Beschäftigten verbessern.

Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt und das Arbeitslosengeld II im Laufe der kommenden Legislaturperiode auf 500,00 € erhöht werden. Gleichzeitig müssen Zumutbarkeitskriterien für Erwerbslose wieder eingeführt werden: Existenzsicherndes Einkommen garantieren, berufliche Qualifikation und vorherigen Verdienst berücksichtigen, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Förderungsprogrammen freiwillig stellen etc.

- *Wie kann eine gute Zukunft für unsere Kinder gewährleistet werden ?*

Wir Die Linke fordern unter dem Thema Bildung:

Bildung als Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern organisieren.

Öffentliche Bildungsausgaben sofort auf mindestens 7 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt) erhöhen.

Gemeinschafts- und Ganztagschulen ausbauen und kostenlose Kitaplätze für alle schaffen.

Ausbildungsplatzumlage einführen (Betriebe, die selbst nicht ausbilden, zahlen eine Abgabe zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen).

Praktika mit mindestens 300,00 € im Monat vergüten.

Studienplätze für alle schaffen.

BAföG zu einer bedarfsdeckenden elternunabhängigen Grundsicherung ausbauen.

Studiengebühren abschaffen.

- *Können die Menschen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren ?*

Die Linke setzt sich für eine emanzipatorische und sozialgerechte Familienpolitik ein. Alle Bürgerinnen und Bürger, gleich welchen Alters, müssen ein Leben in Würde führen und sich optimal entwickeln können. Familienpolitik und die Gleichstellung von Frauen und Männern müssen Hand in Hand gehen.

Erwerbs- und Familienarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.

Alle Familienformen sind gleichzustellen.

Dabei ist ein wichtiger Punkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese wiederum muss zuerst am Arbeitsplatz ansetzen.

Alleinerziehende sind im besonderen Maße auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen.

Erwerbsarbeit stellt oft zu hohe zeitliche und persönliche Anforderungen an die Familie. Familien brauchen mehr Flexibilität.

Die Linke fordert daher ein elterngerechtes Arbeitszeitgesetz, einen besseren Kündigungsschutz für Eltern und einen Rechtsanspruch auf Rückkehr an den alten Arbeitsplatz

Die Rechte von Eltern am Arbeitsplatz sollen durch folgende Maßnahmen gestärkt werden:

Die Rückkehr in den Beruf muss erleichtert werden.

Im Elterngeldgesetz soll ein ausdrückliches Recht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verankert werden, nach der Elternzeit auf den gleichen oder gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Familienfreundliche Arbeitszeiten müssen garantiert werden, Erwerbstätige Eltern von Kindern unter 12 Jahren sollen auf Verlangen von Schichtarbeit befreit werden können, ohne dass der Arbeitgeber dagegen betriebliche Gründe geltend machen kann. Außerdem sollen für erwerbstätige Eltern minderjähriger Kinder die Ansprüche auf Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten zur anschließenden Erhöhung der Arbeitszeit nach dem Ende der Erziehungsphase verbessert werden.

Der Kündigungsschutz für Eltern muss verbessert werden, der besondere Kündigungsschutz, wie er schon heute bis zum Ende der Elternzeit gilt, soll auf den gesamten Zeitraum bis zur Vollenden des 6. Lebensjahres des Kindes ausgeweitet werden. Nach der Elternzeit soll die Arbeitsmarktintegration von Eltern durch ein Programm zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer verbessert werden.

- *Wie kann es in unserer Gesellschaft gerechter zugehen ?*

Die Forderungen der Partei Die Linke stehen für eine gerechtere Gesellschaft:

Deutschland ist ein reiches Land und an diesem Reichtum sollen alle Menschen teilhaben. Dafür brauchen wir höhere Löhne, bessere Sozialleistungen, höhere Renten, gerechtere Steuern und die direkte Beteiligung der Belegschaften an größeren Unternehmen. Wirklich demokratisch ist eine Gesellschaft erst, wenn auch die Wirtschaft nach demokratischen Spielregeln funktioniert. Deshalb brauchen wir eine erweiterte Mitbestimmung im einzelnen Unternehmen, ebenso wie in der Gesamtwirtschaft. Zudem müssen die Banken vergesellschaftet, die Finanzmärkte reguliert werden. Es müssen die öffentlichen Einrichtungen ausgebaut und die Privatisierung gestoppt werden. Die Mitbestimmung und Beteiligung von Belegschaften muss durchgesetzt werden. Der Reichtum muss gerecht verteilt werden und die Millionenvermögen gehören endlich versteuert.

- *Wie können wir im Alter sorgenfrei leben ?*

Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf und an dessen Mitgestaltung die Seniorinnen und Senioren aktiv teilhaben sollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Daseinsvorsorge für ältere Menschen qualitativ und quantitativ weiter auszubauen ist, indem den infrastrukturellen Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Daher fordern wir, Die Linke, folgendes:

Rente ab 67 abschaffen

Flexiblen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen

Alterszeit unbefristet fördern

Altersarmut verhindern. Es muss eine Mindestrente von 800,00 € eingeführt werden.

Die Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Ostrenten müssen auf Westniveau angepasst werden

- *Wird die Politik wieder glaubwürdig ?*

Die Politik wird erst dann wieder glaubwürdig, wenn die Politiker Politik für die Menschen machen und nicht für Wirtschaft und Konzerne. Deutschland muss wieder zu einem Sozialstaat werden.

Zu lange hat die Politik den Markt gewähren lassen - und darüber den Glauben an die eigene Gestaltungskraft verloren. Abgeordnete folgen den Einflüsterungen der Lobbyisten, betreiben den Abbau der Grundrechte und verordnen Armut per Hartz IV. Kein Wunder, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger immer mehr sinkt. Die soziale Kluft wird immer größer und so schafft die Politik selbst die Bedingungen, die zu einer Schwächung des demokratischen Systems führen. Die gewählten Abgeordneten müssen wieder als Volksvertreter agieren und nicht nur nach Parteibuch, und den Lobbyisten eine klare Absage erteilen, was auch sehr wichtig ist, sie müssen auch nach den Wahlen zu ihren Aussagen vor den Wahlen stehen.